

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 80 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Kameraden! Alle Mitglieder müssen in der Gewinnung von neuen Kämpfern für unsern Zentralverband wetteifern! Auf zur Werbearbeit!

Die Bedeutung der Gewerkschaft für den Arbeiter.

Unter der kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise ist der einzelne Unternehmer gegenüber dem einzelnen Arbeiter der bei weitem Mächtigere. Die Interessen beider sind entgegengesetzte: Der Unternehmer will möglichst niedrige Löhne zahlen, um seine Profitrate zu steigern, er will für billigen Lohn möglichst viel Arbeitskraft; der Arbeiter dagegen will die Arbeitskraft möglichst teuer verkaufen, wozu ihn einestheils sein natürliches lärgliches Los, zum andern die stetig steigende Tendenz der Nahrungsmittelverteuerung veranlassen. Der Unternehmer hat dem Arbeiter gegenüber das wirtschaftliche Übergewicht, der Arbeiter leidet Not, er hungert, falls er keine Arbeit hat. Der Hunger ist der Verbündete des Unternehmers. Und der Arbeiter empfindet diese wirtschaftliche Abhängigkeit, er fühlt sich schwach und willenlos, ist gegenüber den Unternehmerforderungen zur Nachgiebigkeit bereit, wird genüssig, empfindet schließlich gar nicht mehr den Grad seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit und die Folge ist die Verelendung des Arbeiters und seiner Klasse.

Nur ein Mittel gibt es, dieses Verhängnis abzuwenden: Daß die Arbeiter ihre Klassenlage erkennen, daß sie sich gegen die schrankenlose Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zur Wehr setzen. Dies können sie nicht als einzelne. Sie müssen alle ihre Einzelkräfte vereinigen zur Gemeinschaft, um dadurch der Macht des Unternehmers eine ähnliche Macht entgegenstellen zu können. Jeder Arbeiter, der diese Bedeutung des Zusammenwirkens erfasst hat und betätigt, gewinnt dadurch an Selbstvertrauen und Mut; er fühlt sich nicht mehr vereinzelt und hilflos, er fühlt sich kräftig und widerstandsfähig. Er tritt nicht mehr als einzelner, sondern als Gewerkschaft dem Unternehmer gegenüber. Diese Verbindung macht natürlich auch den Unternehmer widerstandslustig, führt ihn aber auch zur Vorsicht gegenüber den Anforderungen, die er an die Arbeitskraft des Proletariats stellt, denn er merkt, daß es bei Differenzen nicht mehr mit dem einzelnen, sondern mit der Gewerkschaft zu tun hat. Er wird vorsichtiger beim Lohndruck, er wird geneigter, wegen Lohnerhöhungen mit sich reden zu lassen. Er weiß, bei jeder eintretenden Differenz steht hinter dem einzelnen die Gewerkschaft mit ihren Machtmitteln. Aus diesem Verhältnis ergibt sich die Wirksamkeit der Gewerkschaft; sie tritt für Abwehr der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ein und sucht der Arbeiterschaft günstigere Arbeitsbedingungen zu erringen.

Die Gewerkschaft wird so zum unentbehrlichen Mittel gegen die wirtschaftliche Uebermacht des Unternehmers. Der Arbeiter erkennt seine Kraft in der Gesamtheit und der Unternehmer fühlt, daß er auf Verhandlungen und Vereinbarungen mit der Gewerkschaft angewiesen ist. Der einzelne Arbeiter verhandelt mit ihm nicht mehr, sondern die Gewerkschaft vollführt diese Aufgabe für alle. Die Gewerkschaft vertritt die Arbeiterinteressen mit Sachkunde und Nachdruck und ist stets bereit, falls die Verhältnisse es erfordern, ihre Machtmittel zugunsten der Arbeiterforderungen einzusetzen.

Um seine Gewerkschaft nachdrucksvoll und mächtig zu erhalten, fällt dem Arbeiter die Pflicht zu, ihr wöchentlich einen Beitrag zuzuwenden. Außerdem liegt ihm die Pflicht ob, alles zu tun, was die Gewerkschaft stärken, alles zu unterlassen, was sie schwächen könnte. Er ist also verpflichtet, für die stete Festigkeit, Ausbreitung, Einheit und Einigkeit seiner Gewerkschaft zu sorgen; er muß für sie agitieren, er muß

ihre Versammlungen besuchen und alle ihre Unternehmungen durch persönliche Anteilnahme unterstützen.

Aus diesen verhältnismäßig kleinen Opfern ergeben sich für die Arbeiter große Vorteile: Sie sind in den Stand gesetzt, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Als ferner nicht zu unterschätzender Vorteil kommt in Betracht, daß ihre persönliche Zuversicht, ihr Mut gestärkt wird, daß sie ein Mitbestimmungsrecht bei der tariflichen Festlegung über die Verwendung und Bezahlung ihrer Arbeitskraft erhalten. Und nicht nur das: Die Gewerkschaft fungiert auch als Hebel zur geistigen Weiterbildung der Arbeiter; sie hebt sie aus der Misere der grauen Alltäglichkeit, gibt ihnen durch die größere Schonung ihrer Arbeitskräfte Muße zur Erweiterung ihres Wissens, macht sie zu denkenden und geistig vorwärtstrebenden Menschen.

Natürlich sucht die Gewerkschaft alles, was diesem Aufstieg hindernd in den Weg treten will, zu bekämpfen, während sie andererseits alles, was geeignet erscheint, diesen Fortschritt und Aufstieg zu fördern und zu begünstigen, zu ihren Kampfmitteln erhebt. Deshalb sind ihre Aufgaben mit der oben bezeichneten Tätigkeit bei weitem noch nicht erschöpft. Jeder Geist wird selbstbewusster, freier und elastischer, je mehr er den Kümernissen des täglichen Lebens entrückt und je mehr ihm zur Ueberwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten geholfen wird. Dies haben die Gewerkschaften längst erkannt, und deshalb zahlen sie, um ihre Mitglieder nicht nur wirtschaftlich widerstandsfähiger, sondern auch geistig aufnahmefähiger und fortbildungsfähiger zu machen, in vielen Notlagen des wechselvollen Lebens Unterstützungen. So gewähren sie neben der Streikunterstützung Reisunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Umzugsgelder und sonstige Unterstützung in Notfällen. Sie sind bemüht, dieses Unterstützungssystem immer mehr auszubauen, einmal aus den vielfachen schon angeführten Gründen, ferner aber auch, daß die Arbeiter ihre Gewerkschaft lieb gewinnen, das Vertrauen zu ihr mehr und mehr festigen und sich immer unloslicher mit ihr verbinden.

Was die Gewerkschaften durch ihre Tätigkeit für die Arbeiterschaft schon erreicht haben, ist statistisch erfasst worden und hat dauernden Wert. Viele Lohnerhöhungen haben sie den Arbeitern erworben, ihre übermäßig lange Arbeitszeit erheblich verkürzt, ihre soziale Stellung in jeder Hinsicht gehoben und verbessert. Darin liegt die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaft: Sie verbessert neben dem Körper auch den Geist der Arbeiterschaft.

Damit hätten wir in kurzen Worten Zweck und Sinn der Gewerkschaft erörtert. Wir haben es schon öfter getan, wir sagen mit vorstehenden Darlegungen nichts Neues. Aber es muß immer wieder geschehen. Warum? Liegt der Vorteil und Segen der Gewerkschaften für jeden Arbeiter nicht ohnedies klar zutage? Es müßte der Fall sein, ist es aber nicht. Wir stehen vor dem etwas rätselhaften Dilemma: Obwohl den Arbeitern schon so vielfach der Wert, Zweck und Sinn, die unbedingte Notwendigkeit der Gewerkschaft erklärt worden ist, stehen sie trotzdem noch in großer Anzahl der Gewerkschaft teilnahmslos gegenüber. Mag daran angeborene Gleichgültigkeit, Unwissenheit, Leichtsin, Feigheit, falsch betätigter Egoismus oder sonst etwas die Schuld tragen: Die Tatsache ist vorhanden und läßt sich nicht bestreiten. Und weil wir seit Monaten auf diesem Gebiete eine Wendung zum Besseren wahrnehmen, weil wir mit Genugtuung feststellen können, daß das Licht der höheren Erkenntnis wieder die Proletariatsköpfe zu erfüllen beginnt und die Gewerkschaften sich größeren Zuspruchs erfreuen, deshalb dieser Appell an alle denkenden Arbeiter

zur Unterstützung einer Bewegung, ohne die die Arbeiter nichts und mit der sie vieles sind. Um die alten Gewerkschaftsmitglieder in ihrer richtigen Erkenntnis zu stärken, um bei den Neugewonnenen Verständnis und dauerndes Interesse zu wecken, um den noch zu Gewinnenden erneut zu zeigen, was ihnen nützt, deshalb diese Zeilen.

Die Gewerkschaft gewährt dem Arbeiter vieles. Sie hat ihm zahlreiche Vorteile verschafft und ihn emporgehoben aus dem Nichts in die lebendige Wirklichkeit emstigen Strebens und Schaffens zum Vorteil seiner selbst und seiner Klasse. Folglich ist dankbare Gegenleistung Pflicht jedes Arbeiters. Er zahle seinen Beitrag mit Freuden, denn die beste Aktie ist das Mitgliedsbuch der Gewerkschaft; es trägt jedem das Vielfache dessen ein, was er der Gewerkschaft gibt. Mit dem Beitragszahlen allein aber ist es nicht getan. Jeder muß auch in der Gewerkschaft aktiv wirken, er muß für sie agitieren, die Versammlungen besuchen und bei allen Beschlüssen persönlich mitwirken. Sage keiner, daß es dabei auf den einen oder den andern nicht ankommt. Es kommt auf alle an. Die Voraussetzung des gewerkschaftlichen Erfolges ist die rege Betätigung jedes einzelnen für alle, genau wie alle auch für den einzelnen einzustehen haben. Opfermut, Ueberzeugungstreue und kameradschaftliche Solidarität sind die drei Eckpfeiler des Gewerkschaftsgebäudes. Wer sie betätigt, stützt die Gewerkschaft und damit sich selber. Und wenn es alle tun: Welche Macht der Welt wäre fähig, die Gewerkschaftsmacht zu heben oder gar zu stürzen?!

Baristisches aus einer Republik.

Wer anhaltend und tief an eine stark duftende Blume riecht, wird schon nach einer halben Minute merken, daß der Geruch ihm nicht mehr zum Bewußtsein kommt. Die beteiligten Nerven sind übersättigt und verlieren damit die Fähigkeit, weitere gleichartige Eindrücke aufzunehmen. Dieser Zustand dauert zunächst nur kurze Zeit. Aber es ist eine bekannte Erfahrung, daß Personen, die andauernd denselben Geruch einatmen müssen, schließlich ihn überhaupt nicht mehr wahrnehmen. Eine ähnliche Erscheinung hat der Krieg bei unsern moralischen und ethischen Gefühlen gezeigt. So oft und so eindringlich haben die furchtbarsten Greueltaten auf uns eingewirkt, daß eine allgemeine Abstumpfung eingetreten ist. Die Klage über Zunahme der Verrohung ist ebenso berechtigt wie natürlich und erklärlich. Das, was wir Menschenseele nennen, kann eben nicht vier Jahre lang täglich durch Schreckensnachrichten malträtieren werden, ohne daß sie nach dieser Richtung hin ungünstig beeinflusst wird. Dem Uebel durch harte Strafen steuern zu wollen, ist ebenso aussichtslos, als wollte man dem Sturme wehren. Nur wenn die Ursache verschwindet, wird auch die Folge ausbleiben.

Der Krieg ist der Terrorismus in ausgeprägtester Form und in allen Beziehungen. Er reiht alle und alles mit in seinen Strudel. Wir dürfen uns nicht einbilden, durch strenge Verordnungen oder andere vorbeugende Maßnahmen die naturgemäßen Wirkungen des Krieges wesentlich eindämmen zu können.

Diese Darlegung soll und kann durchaus nicht eine Beschönigung der Kriegsgreuel bedeuten; sie soll nur bewirken, sie als eine Erscheinung aufzufassen, die nicht auf den bösen Willen des einzelnen zurückzuführen ist, sondern auf einen Geisteszustand, der durch den Krieg allgemein erzeugt wird, der auch in Zukunft sich wieder äußern würde und dem die Menschheit nur dadurch entrinnen kann, daß sie

Vorkehrungen trifft, welche die Wiederkehr der graufigen Kriegsgeißel ein für allemal unmöglich machen.

Zu welchen Tollheiten der Krieg auf den Gebieten der Spionerie und Gedankenknüffelei geführt hat, haben wir in Deutschland genugsam erfahren. In andern Ländern ist's nicht besser. Aus Amerika, das auf seine demokratischen Garantien für Meinungsfreiheit besonders stolz ist, kommt die Nachricht, daß Wilson in einer Weise von den ihm auf sein Verlangen zuerkannten diktatorischen Befugnissen Gebrauch macht, die an die schrankenlose Zarenallmacht erinnert. Hunderte von amerikanischen Bürgern sind in die Gefängnisse geworfen worden, weil sie geäußert haben, nach ihrer Meinung würde Amerika nicht siegen, oder der Krieg gegen Deutschland sei ein Unrecht. Der frühere Professor Scott Nearing von der Universität Pennsylvania hatte in einer Schrift die Politik Wilsons gegeißelt und unter anderm geschrieben:

Der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten war der größte Sieg, den die amerikanische Plutokratie (Geldherrschaft) über die Demokratie seit der Kriegserklärung an Spanien davongetragen hat. Die Plutokratie drängte zum Kriege, schrie nach ihm, bestand auf ihm und bekam ihn schließlich. Ihr war der Krieg willkommen, weil er für sie eine Chance bedeutete, die Vereinigten Staaten noch mehr in ihre Gewalt zu bekommen.

Ein anderes Kapitel spricht sich gegen die Einführung der Wehrpflicht aus, die nur dem Imperialismus zur Erweiterung Mexikos und des ganzen übrigen amerikanischen Weltteils verhelfen solle. Bei Kriegsbeginn habe man hauptsächlich, Deutschland könne sich versucht fühlen, mit dem Schwerte seine Zivilisation den Vereinigten Staaten aufzuzwingen. Jetzt aber gebe Amerika fabelhafte Summen aus, bilde Heere und baue Schiffe, um seinerseits die amerikanische Zivilisation mit dem Schwerte Deutschland aufzudrängen. Wegen dieser Schrift ist Professor Nearing auf Grund des Spionagegesetzes verhaftet worden und sieht, wie der „Frankfurter Zeitung“ berichtet wird, langjähriger Kerkerstrafe entgegen.

Unter Anklage gestellt und verhaftet ist auch Dr. W. J. Robinson. In seiner Zeitschrift betont er seinen Patriotismus und daß er „proalliiert“, also für das Bündnis mit der Entente sei. Aber in einem offenen Briefe an Wilson hatte er geschrieben:

Ich habe bei der letzten Wahl für Sie, Herr Präsident, gestimmt; doch lassen Sie mich sagen, daß, wenn jemals ein Präsident unter falschen Vorpiegelungen gewählt worden ist, Sie es gewesen sind. ... Wir Radikalen verstehen immer noch nicht, was Ihren Purzelbaum am 8. Februar 1917, dem Tage des Abbruchs der Beziehungen, veranlaßt hat. Deutschlands Blockade- oder Sperrgebietserklärung rechtfertigt das sicher nicht. Sie wissen genau wie wir alle, daß England zuerst eine Blockade erklärt und unsere Post und unsern Handel gestört hat. Englands und Deutschlands Vorgehen hat sich nur in der Methode unterschieden. ... Nur ein total verrückter kann noch an die Möglichkeit einer Niederlage Deutschlands auf dem Schlachtfelde glauben. Was ist unter diesen Umständen zu machen? Dieses: Sobald als möglich Frieden schließen und im eigenen Hause Ordnung schaffen. ... Indem wir unsere Söhne nach Frankreich bringen, leisten wir Frankreich gar keinen Dienst. Wir ermutigen es nur, einen Krieg fortzusetzen, der sich selbst bei fremder Hilfe auf die Dauer als selbstmörderisch für Frankreich erweisen muß.

Auch Dr. Robinson hat für seinen Freimut schwerste Bestrafung zu erwarten. — Die weitverbreitete Zeitschrift „The Metropolitan Magazine“ läßt Wilson mit Wilhelm II. ein Gespräch führen, in dem der Deutsche Kaiser den Präsidenten auf dessen viele Doppelzüngigkeiten hinweist und ihn schließlich so in die Enge treibt, daß Wilson keine Antwort mehr findet. Wilson habe in seinen Reden erklärt, die Regierungsgewalt müsse gerechterweise von der Zustimmung der Regierten abhängig sein. „Aber wie verträgt es sich damit, daß Sie, Herr Präsident, dem Volk von Portorico nicht gestatten, seine eigene Regierung einzuführen? ... Gut so! Ihre öffentlichen Reden sind eben nur Zugeständnisse an den romantischen Idealismus Ihrer Untertanen.“ Nachdem Wilhelm II. dann noch nachgewiesen hat, daß Kuba, Haiti, Domingo und die mittelamerikanischen Länder nichts weiter als Vasallen der Vereinigten Staaten seien, gibt er Wilson den Rat, seine verschiedenen Reden mit geographischen Fußnoten zu versehen, damit man immer gleich erkennen könne, für welche Länder er dieses Prinzip, für welche er ein anderes angewendet zu wissen wünsche.

Wie der Herr, so's Geschick. Da die Regierung Wilsons in der Weise mit der freien Meinungsäußerung umspringt, ist's nicht verwunderlich, daß der immer zu Höchstausbrüchen geneigte Mob seinem Hange freien Lauf läßt. Der „Frankfurter Zeitung“ wird dann auch berichtet, daß die politischen Lynchmorde sich mehren, die an Gegnern der Wilsonschen Politik verübt werden, daß Arbeiterführer in den Weststaaten ihre durchaus gesetzmäßige Opposition mit dem Leben bezahlen mußten und daß ein Deutschamerikaner vom Mob vor die Stadt geführt und dort zu Tode gequält worden ist.

Wenn der Präsident einer demokratischen Republik sich in zaristischen Gewohnheiten gefällt wie Wilson, ist er verantwortlich für die Anstehungsgefahr, die sein schlimmes Beispiel zur Folge hat.

Die geschlagene Regierung.

„Wie von einer Zaubergewalt sind die Schranken niedergefallen, die eine öde und dumpfe Zeitlang die Glieder des Volkes trennten, die Schranken, die wir miteinander aufgerichtet hatten, im Mißverständnis, im Mangel und im Mistrauen. Es ist wie eine Befreiung und eine Beglückung, daß einmal dieser ganze Wust und Unrat hinweggefegt worden ist, daß nur noch der Mann gilt, einer wie dem andern gleich, einer dem andern die Hand reichend für ein einiges, für ein heiliges Ziel.“

Diese hoffnungsschwermere Worte sind wirklich gesprochen worden in Preußen-Deutschland, nicht in märchenhaft alter Zeit, sondern am 2. Dezember 1914 im Reichstag, und zwar von dem Reichstanzler Bethmann Hollweg. Wären sie nicht dokumentarisch festgelegt, so jederzeit nachzulesen, im vierten Kriegsjahr würden nur ganze wenige Starkgläubige glauben, daß solche Worte vor einer kurzen, allerdings ungeheuer ereignisreichen Zeitpanne von dem höchsten deutschen Reichsbeamten und preussischen Ministerpräsidenten ausgesprochen — und mit „allseitigem Bravo“ aufgenommen worden wären.

Was ist aus der Stimmung, aus der jenes Bekenntnis zur Volksverständigung geboren wurde, geworden? Man braucht durchaus nicht zu den „sentimentalen Klageweibern“ zu gehören, um zu bebauern, daß wir heute schon wieder, bevor noch der Krieg sein Ende erreicht hat, mitten in den ganzen Wust und Unrat der Vorkriegszeit hineingeraten sind. Unsere modernen Gewerkschaften sind Kampferneinungen, aber sie kämpfen doch nicht um des Kampfes willen, sondern waren und sind stets bereit, sich mit ihren Interessengegnern auf der Basis lokaler Anerkennung der Gleichwertigkeit zu verständigen. Nur wenn dies ausgeschlossen ist, wird zu dem äußersten gewerkschaftlichen Kampfmittel gegriffen. So bedeutete es auch keine Preisgabe unseres wirtschaftspolitischen Programms, als die Gewerkschaften, vor die Tatsache des Krieges gestellt, sich bereit erklärten, nach Kräften zum Schutze des von einer gewaltigen feindlichen Auslandsmacht bedrohten Gemeinwehns mitzuwirken, unbeschadet unserer der militaristischen imperialistisch schroff entgegengesetzten Auffassung von dem Kriege. In dieser Zeit erkannte und bekannte der verantwortliche Leiter unserer Reichs- und Staatspolitik die unausweichliche Notwendigkeit, den Geist der Volksverständigung zu pflegen und zu festigen durch die Aufhebung aller administrativen und gesetzlichen Ausnahmemaßregeln gegen die Arbeiterklasse. Aus dieser Erkenntnis heraus ist auch sein Entschluß der Beseitigung des elendesten aller Wahlsysteme, des preussischen Dreiklassenwahlrechts, geboren. Das läßt die Begründung der Regierungsvorlage noch deutlich erkennen, obgleich sie reichlich spät, erst im vierten Kriegsjahre, das Licht der Welt erblickte.

Was ist aus der hoffnungsvollen Stimmung geworden? Ihr Bekannter, der Reichstanzler Bethmann Hollweg, ist von seinen bekannten Widersachern gestürzt worden, und zwar kurz nachdem er seinen Monarchen zum Versprechen des geheimen, direkten und gleichen Wahlrechts für Preußen bewogen hatte. Dieser Ministersturz war auch eine symbolische Handlung. Bald ein Jahr nach der Veröffentlichung des königlichen Wahlversprechens haben die Väter aller Reformhindernisse in Preußen-Deutschland der Regierung ihre Wahlrechtsvorlage verhöhnt und zerissen vor die Füße geworfen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß der Reichstanzler und Ministerpräsident, der die Notwendigkeit der Ausräumung des bürgerlichen Wustes und Unrates offen bekannte, deswegen gestürzt worden ist, die grimmigen Anklagen der Wahlrechtsfeinde im preussischen Dreiklassenlandtag gegen den intellektuellen Urheber der Wahlrechtsentwürfe würden die Beweisette gescheitert haben. Und wie vor hundert Jahren die Reaktionäre die preussischen Wahlrechtsminister kaltgestellt haben, so mußten die preussischen Wahlrechtsminister am 14. Mai 1918 als Geschlagene das parlamentarische Schlachtfeld verlassen. Sie wurden geschlagen von den hochadeln Nachfahren der Widerständer der Stein und Hardenberg — und von den schwerreich gewordenen Söhnen und Enkeln der bürgerlichen Revolutionäre, die im vormärzlichen Preußen genau so als „unreif“ von den bürgerlichen „Edelsten und Besten“ behandelt wurden, wie das jetzt den Arbeitern von den Erbknechten des Geldwahlrechts geschieht.

Wenn sie nur mit einer Wimper zuden, sind sie verloren.“ schrieb der Historiker Professor Delbrück in seinen „Jahrbüchern“ kurz nach Veröffentlichung der Wahlrechtsvorlage den zu ihrer Vertretung berufenen Ministern ins Stammbuch. Er hat Recht bekommen. Auch in der dritten Lesung wurde das gleiche Wahlrecht, so wie es die Regierung versteht, mit 236 gegen 186 Stimmen abgelehnt! Und das, obgleich die Regierung sich zu „Sicherungen“ bereit erklärt hat, die faktisch eine eventuelle „radikale Mehrheit“ des Abgeordnetenhauses flügelnd zu machen geeignet wären, ganz abgesehen von der „Ersten Kammer“, in der Großgrundbesitz und Großindustrie dominieren sollen. Mit dem Angebot dieser „Sicherungen“, die in der Regierungsvorlage nicht zu finden sind — also von der Regierung selbst nicht für „staatsnotwendig“ anerkannt wurden! — hat die Regierung schon mit mehr als mit „einer Wimper gezuckt“. Durch die von ihr zwischen der zweiten und dritten Lesung akzeptierten Zentrumsanträge soll auch die gegenwärtige, völlig veraltete Wahlkreiseinteilung zum Vorteil der Landunterbehalten werden, bis eine Zweidrittelmehrheit anders beschließt; und überdies soll jedwede Verfassungsänderung nur dann geschehen, wenn „in beiden Kammern“ eine Zweidrittelmehrheit dem zustimmt! Man denke: eine Zweidrittelmehrheit auch im „Herrenhaus“! Die Annahme dieser außerordentlichen Bindung der zukünftigen Gesetzgebung stand schon fest, trotzdem lehnten auch da noch die 236 Konserverativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und Zentrumsleute das gleiche Wahlrecht ab. Sie wollten diese Bindungen und außerdem ein Pluralwahlrecht. Wären schließlich die volkrechtsfeindlichen Nationalliberalen, die zur dritten Lesung einen Dreistimmenantrag einbrachten, der mit 338 gegen 73 Stimmen abgelehnt wurde (weil er den Konserverativen noch nicht plutokratisch genug war), nicht genötigt gewesen, um des geringen Rechtes ihrer politischen Reputation willen gegen den von ihnen mitfabrizierten Beschluß der Kommission und der zweiten Lesung zu stimmen, dann würde jetzt noch das Siebenstimmwahlrecht zur Annahme gelangt sein. So aber wurde auch dieses abgelehnt, mit 220

gegen 191 Stimmen. Nunmehr stand die geschlagene Regierung vor einem „Vasuum“, vor einem Loch in ihrer Vorlage, der jetzt das Kernstück, die Wahlrechtsvorschrift, fehlt! Ein jammervoller Abschlus.

Als am 30. April der Kabinettsminister Rittmeister und Abgeordneter Graf v. Spee zu Beginn der zweiten Lesung „direkt von der Front“ kam und dreist die Vertagung der Weiterberatung „bis nach Kriegsschlus“ beantragte, erklärte die Regierung „erhöht“, im Falle der Annahme dieses Verschleppungsantrages würde sie sofort von dem „schärfsten Verfassungsmittel“, das ist die Auflösung, Gebrauch machen. Nachdem aber ihre Vorlage verhöhnt und zertrümmert war, jagte die Regierung im Rückzuge, sie würde nicht „auflösen“, sondern die Entscheidung des „Herrenhauses“ anrufen und dann, je nachdem das Verhandlungsergebnis war, „die Kriegslage“ sei, zur Auflösung schreiten. Wenn die Auflösung am 30. April „tunlich“ war, warum nicht auch am 14. Mai? Wenn im Vorjahre die alldeutschen Welteroberer die Auflösung des Reichstages unbedenklich der „schweren inneren Kämpfe“ stürmisch fordern konnten, warum verbot die „Rücksicht auf die schweren inneren Kämpfe“ und „die Kriegslage“ jetzt die Auflösung des Landtages? Herr v. Seydewitz weiß, warum; aber auch noch viele andere Leute. Eine Annahme des gleichen Wahlrechts im „Herrenhaus“ ist ohne großen „Beerschuß“ ausgeschlossen. Die „Verständigung“ mit der Landtagsmehrheit wird aber auch nur möglich sein, wenn die Regierung ihre Vorlage tatsächlich preisgibt. Und sie hat es prinzipiell bereits getan, indem sie am 14. Mai erklärte, über eine Zusatzstimme für Wähler im Alter von mindestens 50 Jahren „würde sich reden lassen“!

Die geschlagene Regierung hat nicht nur mit „einer Wimper gezuckt“, sondern sie befindet sich im offenen Rückzug vor den Junkern und Junkergenossen. Nach der Volkszählung von 1907 hatten von den männlichen Einwohnern Preußens im Alter von über 14 Jahren 20 bis 21 pzt. das 50. Lebensjahr erreicht beziehungsweise überschritten. In der industriellen und städtischen Bevölkerung aber ist diese Altersklasse weit geringer vertreten. Nach den Erhebungen der preussischen Gewerbeinspektion 1912 waren von je 100 Arbeitern 50 Jahre alt und älter; in der Textilindustrie 16,9, Holzindustrie 15,5, Chemische Industrie 12,1, Zigarrenindustrie 10,7, Kleinfleisch- und Metallindustrie 9,7, Glasindustrie 9,4, Buchdruckerei 8,9, Eisen- und Stahlindustrie 8,0, Maschinenindustrie 8,0, Großindustrie 7,0. In der Großindustrie des Regierungsbezirks Düsseldorf waren von je 100 Arbeitern in den Feuerbetrieben nur 4,77, in den Nichtfeuerbetrieben nur 6,82 genau 50 Jahre alt und älter. In der Bergbauindustrie stellen diese Altersklassen ebenfalls nur geringe Mengen dar. Tritt doch hier die Ganzinvalidität schon im 50. Lebensjahr ein (Durchschnitt der preussischen Knappschaftsgenossen). Und doch will die preussische Regierung über eine Zusatzstimme für die mindestens fünfzigjährigen „mit sich reden lassen“, glaubt anscheinend, oder tut doch, als wenn sie es glaube, eine solche Entrechtung der Industriearbeitermasse beweise sich immer noch „auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts“. Weil die Industriearbeiter sich frühzeitig abradern, in viel größeren Scharen als die übrigen Einwohner im Alter von noch nicht 50 Jahren hinsterben, dafür sollen sie obendrein als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden! Diesen Faustschlag ins Gesicht könnte die Arbeiterklasse nicht ruhig hinnehmen. Die Gewerkschaften werden sich verpflichtet halten, diese Verhöhnung des feierlichst versprochenen gleichen Wahlrechts „innerhalb gemessener Frist“ gebührend zu beantworten.

Warum tritt die von den Junkern und Junkergenossen geschlagene Regierung nicht zum Schauplatz ihrer erfolglosen Tätigkeit ab, wenn sie jetzt die Auflösung des Landtages für „untunlich“ hält? Die reaktionäre Presse schwelgt in monotonem Hohn des Siegers. Nach den Erlebnissen mit der Tragikomödie des Wahlrechtsreformversuches, der Schachermacher mit den Wahlrechtsfeinden und dem schon deutlich sichtbaren Rückzug der Regierung ist nicht einzusehen, was namentlich die gewerkschaftlich organisierten Massen für ein Interesse an dem Bleiben dieser „Regierung“ haben könnten. Ihre Autorität ist zum Teufel, wenn der Rückzug dokumentiert wird; der bürgerliche Junker hat sie dann vernichtet. Auch die sonstigen üblen Erfahrungen, die die Gewerkschaften im Laufe des vierten Kriegsjahres bezüglich der Reformfreundlichkeit dieser „Regierung“ machen mußten, läßt uns wünschen, daß die „Sicherheitsleute“ abtreten und die Persönlichkeiten, die jetzt heimlich im Steuerrauschen sitzen, vor aller Öffentlichkeit verantwortlich die leitenden Reichs- und Staatsämter übernehmen. Wir sind durch die Verhöhnung und Verreizung der doch wirklich nicht „radikalen“ Wahlrechtsreformvorlage in eine innerpolitische Krise hineingeworfen worden, in der die volle Klarheit darüber geschaffen werden muß, wer Koch und wer Keller ist. Die Arbeiterklasse muß verlangen, daß klargestellt wird, welche hochmütigen Kreise die schwere Verantwortung für die Wiederkehr all des Wustes und Unrates tragen, der unser innerpolitisches Leben frant bis ins Mark macht, darum auch von verhängnisvollen Folgen für die außenpolitische Entwicklung werden muß. Die Gewerkschaften wissen am besten, wie sehr die einst hoffnungsvolle Volksstimmung „auf den Hund“ gekommen ist, weil die innerpolitische Reaktion wütet. Klarheit muß werden über den Weg, auf den wir gedrängt werden sollen.

Verbandsnachrichten.

Zum Jubiläum August Bringmanns (1893—1918).

Ein Jubiläum mitten in den Stürmen des Weltkrieges. August Bringmann ist nicht der erste, dem dieses Los beschieden ist. Auch Fritz Schraders Jubiläum im Jahre 1915 fiel bereits in die Kriegszeit. Damals glaubten wir, bis die Reihe an August Bringmann komme, werde der Krieg längst beendet und der allgemeine Frieden herbei-

geführt sein. Unsere Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Noch immer haben die Waffen das Wort. Möchten sie bald zum endgültigen Schweigen verurteilt sein.

Ehrend gedenken wir auch bei dieser Gelegenheit aller derjenigen, die diesem Kriege Leben und Gesundheit geopfert, ehrend ganz besonders unserer gefallenen und infolge des Krieges gestorbenen Verbandskameraden. Und nicht nur den Toten, nein, auch den Lebenden, die nun schon Jahr um Jahr unter unfagbaren Mühen und Entbehrungen in treuer Pflichterfüllung ausgeharrt, zollen wir Dank und Anerkennung.

Unser aller Augenmerk ist in dieser Zeit vornehmlich auf die Erhaltung des Bestehenden gerichtet und darauf, daß unser Verband möglichst vor tiefgreifenden Erschütterungen bewahrt bleibt. Allein wir dürfen darüber auch derer nicht vergessen, die ein Menschenalter hindurch für unsere Bewegung gelitten und gestritten und die sich im besondern um unsern Verband ein hervorragendes Verdienst erworben haben. Zu diesen zählt auch August Bringmann. Der Zufall hat es gefügt, daß er in demselben Jahre, in dem die moderne deutsche Zimmererbewegung ihr fünfzigjähriges Bestehen vollendet, auf eine fünfundsiebzigjährige Tätigkeit als Redakteur des „Zimmerer“ und Mitglied des Zentralvorstandes unseres Verbandes zurückblicken kann.

Vor fünfundsiebzig Jahren, am 1. Juni 1893, trat August Bringmann sein Amt an. Bis dahin hatte Heinrich Müllerstein neben den Kassengeschäften des Verbandes auch die Redaktion und Expedition des „Zimmerer“ geführt. Er war jedoch dieser doppelten Arbeitslast auf die Dauer nicht gewachsen. Auch das Verbandsinteresse erheischte dringend eine anderweitige Regelung. Der Verbandsvorstand unterbreitete deshalb der zehnten Generalversammlung des Verbandes, die im April 1893 in Bremen tagte, einen Antrag, „Redaktion und Expedition (des „Zimmerer“) in eine Hand zu legen und dafür eine Person zu besolden“. Die Generalversammlung stimmte dem Antrage zu und wählte einstimmig den für diesen Posten vorgeschlagenen Kameraden August Bringmann.

August Bringmann war dem Verbande kein Unbekannter. Seine erfolgreiche Mitwirkung an der im Jahre 1890 zustande gekommenen Einigung des Verbandes mit der Sonderorganisation der Zimmerer, deren Geschäftsführer er seit 1889 gewesen, sowie auch seine hieran anschließende Tätigkeit im Verbande hatten seinen Namen weiteren Verbandskreisen bekannt werden lassen. Er hatte außerdem bereits mehrfach Proben seines literarischen Könnens abgelegt, so daß die Generalversammlung ihm den verantwortungsvollen Posten eines Redakteurs, dem er heute fünfundsiebzig Jahre vorsteht, ohne Bedenken übertragen konnte. Die Verlagsgeschäfte des „Zimmerer“ führte er bis 1911.

Als August Bringmann sein Amt antrat, hatten die Gewerkschaften noch nicht jene stolze Höhe erreicht, auf der sie 1914, vor Ausbruch des Krieges, standen. Sie rangen damals noch um ihre Anerkennung. Selbst auch in Arbeiterkreisen trat man ihnen stark kritisch gegenüber. Davon zeugen besonders die gewerkschaftlichen Debatten auf dem sozialdemokratischen Parteitage 1893. Die Gewerkschaftspresse hatte unter solchen Umständen schwieriges Arbeiten. Der unheilvolle Streit innerhalb der Gewerkschaften um die zweckmäßigste Organisationsform schlug hohe Bogen. Zwar hatte der im Jahre vorher (1892) in Galberstadt stattgefundene Gewerkschaftskongreß erklärt, daß die Zentralisation als Grundlage der Gewerkschaftsorganisation am besten befähigt sei, die der letzteren zufallende Aufgabe zu lösen. Allein mit dieser Erklärung waren die Erörterungen hierüber in den Gewerkschaften keineswegs abgeschlossen; sie wurden die folgenden Jahre fortgesetzt. Einen sehr breiten Raum in den gewerkschaftlichen Diskussionen nahm damals wie auch später die Frage ein: Berufsorganisation oder Industrieverband? Daneben wurde innerhalb unseres Verbandes der Gedanke propagiert, eine alle Arbeiter umfassende Organisation anzustreben, dem die Bremer Generalversammlung unseres Verbandes eine Konzeption gemacht hatte, und außerdem war noch der Abschluß von Kartellverträgen mit andern Organisationen angeregt worden und die Verschmelzung der Gewerkschaftsblätter. Eine ganze Anzahl Probleme also, die nach Lösung drängten. In einer so wenig klaren Situation war die Redaktion eines Gewerkschaftsblattes keine leichte Aufgabe; sie erforderte Umsicht und Geschick. Mit geringen Geldmitteln mußte August Bringmann die Zeitung so auszugestalten, daß sie den gestellten Anforderungen gerecht wurde. Planmäßig wurde auf die Beseitigung der Schwächen der Organisation hingewirkt und die Wege für ihre Aufwärtsentwicklung freigelegt. Mit mancher überlebten Auffassung mußte gebrochen, aber auch manche Illusion mußte zerstört werden, die an die oben ange deuteten Probleme geknüpft wurde.

August Bringmann fand bei seinem Amtsantritt aber nicht bloß ziemlich unklare Organisationsverhältnisse vor, auch die Organisationen selbst waren infolge der Wirtschaftskrisis, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre

des vorigen Jahrhunderts allen Gewerkschaften ohne Ausnahme ihre Spuren aufdrückte, stark geschwächt. Deshalb mußte in erster Linie darauf Bedacht genommen werden, dem Rückgang der Gewerkschaften Einhalt zu tun. Natürlich fand auch auf diesem Gebiete die Presse ein Feld reicher Betätigung. Und was August Bringmann im „Zimmerer“ hierin leisten konnte im Interesse unseres Verbandes, ist geschehen. Wirklich fruchtbringend gestaltete sich diese Tätigkeit erst, als mit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ein wirtschaftlicher Aufschwung einsetzte, der auch unsern Verbande einen erfreulichen Aufstieg brachte. Das hatte zugleich eine beachtliche Zunahme der Lohnbewegungen und wachsende Verbandsarbeit zur Folge, wovon ein nicht geringer Teil der Presse zufiel. August Bringmann hat auch hier seinen Mann gestanden.

Die wachsende Ausbreitung unseres Verbandes, der alljährlich steigende Umfang der Lohnbewegungen bedingten aber neben theoretischer Aufklärung und Belehrung der Verbandsmitglieder vor allem auch praktische Anleitung. Um diesem Bedürfnis noch mehr als bisher zu genügen, beschloßen die Verbandsinstanzen die Herausgabe einer besonderen Schrift. So entstanden die von August Bringmann verfaßten „Praktischen Winke für die deutsche Zimmererbewegung“, deren erste Auflage 1901 erschienen und die seitdem, den Bedürfnissen entsprechend erweitert, dreimal neu aufgelegt worden sind, zuletzt im Jahre 1912. Die „Praktischen Winke“ sind nicht nur für unsern Verband von großem Nutzen gewesen, sondern haben auch in der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung Beachtung erlangt. Nach Erscheinen der „Praktischen Winke“ sind andere Gewerkschaften gleichfalls zur Herausgabe von Anleitungsbüchern geschritten, die teils allerdings noch andern Zwecken dienen, als sie die „Praktischen Winke“ verfolgen.

Besonders verdient gemacht hat sich August Bringmann um die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unsern Verbande, für die er sich in Wort und Schrift mit Energie und Ausdauer eingesetzt hat. Nur in rastloser Arbeit konnten die vielen und schweren Hemmnisse, die sich dieser Einrichtung entgegenstellten, aus dem Wege geräumt werden.

Unendlich viel hat August Bringmann beigetragen zur Aufklärung über Wesen und Bedeutung des Tarifvertrages, sowohl innerhalb als außerhalb unseres Verbandes. Obwohl von vornherein ein starker Befürworter der Tarifierung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, hat er es doch nicht unterlassen, rechtzeitig auch auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die der Arbeiterschaft im Baugewerbe aus der vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe eingeschlagenen Gewaltvertragspolitik drohten. Er hat als erster den starren Tarifvertrag, den auch der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe vertritt — leider nicht ohne Erfolg — mit aller Entschiedenheit bekämpft und die Auffassung vertreten, der Tarifvertrag müsse auch während seiner Dauer zugunsten der Arbeiter abgeändert werden, wenn die Voraussetzungen, unter denen er abgeschlossen, sich in entsprechender Richtung veränderten. Eine Auffassung, die ihren Niederschlag in einer von der Stuttgarter Generalversammlung unseres Verbandes im Jahre 1909 angenommenen Resolution gefunden. Anfangs stieß diese Auffassung selbst innerhalb unseres Verbandes auf Widerspruch. Heute hat sie sich auch in den übrigen Gewerkschaftskreisen durchgesetzt, begegnet sie nur noch heftigem Widerstand im Lager der Arbeitgeber. Hierbei sei übrigens auch daran erinnert, daß die Literatur über den Tarifvertrag durch August Bringmann eine wesentliche Bereicherung erfahren hat.

Was uns August Bringmann sodann in seiner „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung“ übermacht hat, wird ihm unvergessen bleiben. Auch auf dem Gebiete gewerkschaftlicher Geschichtsschreibung ist August Bringmann vorangegangen. Er war der erste Arbeiterliterat, der es unternommen hat, die Geschichte seines Berufes zu schreiben. Auch diese Arbeit hat die verdiente Anerkennung gefunden.

Neben seiner umfangreichen literarischen Tätigkeit hat August Bringmann auch an allen sonstigen Verbandsarbeiten allerregsten Anteil genommen. Ihm ist, als die Lohnbewegungen noch einen lokalen Charakter trugen und die Kräfte des Zentralvorstandes oft über Gebühr in Anspruch genommen waren, vielfach die Leitung von größeren Bewegungen übertragen worden; er hat diese mit Eifer und Geschick zu einem guten Ausgang geführt. Und als dann die lokalen Bewegungen sich auswuchsen zu umfassenden Bezirks- und später zu zentralen Bewegungen, hat man stets August Bringmanns Rat zu schätzen gewußt, ihn zu fast allen Verhandlungen zugezogen. Immer hat er unter Hintanhaltung seiner Person seine ganze Kraft in den Dienst des Verbandes gestellt. Daß er selbst bei weitem nicht immer mit dem Ausgange dieser Bewegungen zufrieden gewesen, daraus hat er nie ein Geß gemacht.

August Bringmann hat sich in dem verfloßenen Vierteljahrhundert natürlich auch um die allgemeine Arbeiterfrage, vornehmlich um die Gewerkschaftsfrage, sehr verdient gemacht. In erster Linie galt jedoch sein Streben unsern

Verbande, an dessen Aufstieg und Entwicklung, nach außen wie nach innen, ihm hervorragender Anteil gebührt. Die fünfundsiebzig Jahre, auf die er heute als Redakteur des „Zimmerer“ und Mitglied des Zentralvorstandes zurückblicken kann, sind zwar reich an Kämpfen, ebenso reich aber auch an fruchtbringender Arbeit gewesen. Unter August Bringmanns Mitwirkung ist der Verband geworden, was er heute ist: eine kraftvolle Interessenvertretung der Zimmerer Deutschlands. Unter seiner Leitung ist der „Zimmerer“ zu einem in der Arbeiterbewegung allgemein geachteten, von ihren Gegnern aufmerksam verfolgten und nicht selten heftig bekämpften Gewerkschaftsorgan geworden. Obwohl ihm bei seinem unentwegten Eintreten für die Sache der Arbeiter und im besondern bei der zielbewußten Vertretung unserer speziellen beruflich-wirtschaftlichen Interessen als Zimmerer, für die er sich zu allen Zeiten rücklos einsetzte, Anfeindungen nicht erspart geblieben sind, hat August Bringmann doch in seiner Tätigkeit diejenige Befriedigung gefunden, die selbstlose und uneigennützig Arbeit immer erzeugen wird. Wir wollen ihm heute für alles, was er dem Verbande gegeben und was er ihm bisher gewesen, Dank und Anerkennung aussprechen, zugleich mit dem Wunsche, daß seine Kraft dem Verbande noch recht lange erhalten bleibe.

In diesem Sinne entbieten wir August Bringmann zu seinem Jubiläum unsern aufrichtigsten Glückwunsch! ww.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau 11 (Hannover).

Jahresbericht.

Eine nennenswerte Veränderung gegen das Vorjahr ist im Gau nicht eingetreten. Die im Vorjahre vorhandenen 36 Zahlstellen waren auch am Schlusse des Berichtsjahres vorhanden. Jedoch kann eigentlich nicht von 36 Zahlstellen berichtet werden, da die Zahl der Mitglieder in einer Anzahl Zahlstellen so weit zurückgegangen ist, daß jede Verbandszählung aufgehört hat. Immerhin ist es erfreulich, daß die einzelnen Mitglieder ihre Verbandszugehörigkeit aufrechterhalten, damit bei Bedarf nach Beendigung des Krieges sofort an den Aufbau der Zahlstelle herangetreten werden kann. Die Zahl der Mitglieder hat gegen das Vorjahr eine Zunahme von 72 und betrug am Jahreschluß 666. Eingetretene und erneuerte sind in 21 Zahlstellen 162 Mitglieder. 14 Zahlstellen hatten eine Zunahme von 111 Mitgliedern, während in 13 Zahlstellen eine Abnahme von 39 Mitgliedern eingetreten ist. In 9 Zahlstellen hat sich der Mitgliederstand nicht geändert. Bis 10 Mitglieder hatten 24 Zahlstellen, darunter 6 je 1 Mitglied und 4 je 2 Mitglieder. Im ganzen hatten diese 24 Zahlstellen 105 Mitglieder. 5 Zahlstellen hatten bis 20 Mitglieder, 8 bis 30, 1 bis 40, 1 bis 50, 1 bis 102 und 1 bis 220 Mitglieder.

Bei der statistischen Erhebung im September wurden in 50 Lohngebieten mit 175 Orten 171 Betriebe mit 794 Zimmerern ermittelt. In Baubetrieben waren 100 Zimmerer (davon 71 Verbandsmitglieder), in Zimmererbetrieben 501 (380), in Eisenbetonbetrieben 54 (47), in Fabriken und sonstigen Betrieben 139 (106) beschäftigt. Aus andern Zahlstellen waren 18 Mitglieder beschäftigt. Im Kriegsgebiet arbeiteten 14, in andern Berufsgruppen 50 Mitglieder. Krank waren 15 und arbeitslos 1 Mitglied. Unter dem Reichstaxi standen in 28 Lohngebieten mit 113 Betrieben 542 Zimmerer, davon waren 411 Verbandsmitglieder. Die Zahl der unsern Verbande fernstehenden Zimmerer betrug einschließlich der Poliere und 13 Christlichen 190. Immerhin dürfte noch eine große Anzahl von den Unorganisierten für unsern Verband zu gewinnen sein, wenn bei allen Mitgliedern der ernstliche Wille vorhanden wäre, diese in unsern Verband zu bringen. In den kleinen Zahlstellen mit den wenigen Mitgliedern ist oft der Einfluß nicht vorhanden, besonders wenn es sich um Personen handelt, die es sich zum Prinzip gemacht haben, unsern Verband fernzubleiben. Derartige Leute befinden sich fast in allen Zahlstellen. Das Hauptmotiv dürfte der Geiz sein. Keinen Pfennig haben sie während des Krieges für die Familien ihrer im Felde stehenden Berufsgenossen übrig gehabt, keinen Pfennig haben sie übrig für unsern Verband, damit er seine Aufgaben erfüllen kann. Mit Freunden aber nehmen diese Leute an den Errungenschaften unseres Verbandes teil und jede Lohnerhöhung, die unser Verband errungen hat, ist ihnen hochwillkommen. Aber zu den Unkosten unseres Verbandes beizutragen, ist ihnen ein Greuel. Würden die Mitglieder unseres Verbandes auch diesen Standpunkt einnehmen, dann dürfte bei den Arbeitgebern wohl große Freude herrschen; aber schließlich hätten die Zimmerer jetzt im allgemeinen eine Kriegszulage von 40 % pro Stunde. Unsere Mitglieder müssen deshalb diesen Leuten, wo sie mit ihnen zusammenkommen, energisch zu Leibe gehen. Auch unsere Mitglieder, die jetzt beim Militär sind, werden sich wohl später diese Leute besonders merken und ihnen ihr unsolidarisches Benehmen vergelten. Doch nicht alle unorganisierten Zimmerer gehören zu den oben bezeichneten Leuten. Es ist deshalb notwendig, daß unsere Mitglieder sich ständig bemühen, diese Unorganisierten unsern Verbande zuzuführen. Soweit der Gauleiter dabei behilflich sein kann, soll diese Hilfe nicht fehlen. Soweit Adressen von Unorganisierten zur Verfügung standen, wurde an diese gelegentlich der zweiten Kriegszulage ein Schreiben gerichtet, das in manchen Fällen Erfolg hatte. Die Kriegszulage wurde im allgemeinen von den vorgezeichneten Tagen an gezahlt. In einigen Zahlstellen mußte aber nachgeholt werden. So mußten unsere Kameraden in Bückeburg längere Zeit auf die Zahlung der zweiten Kriegszulage warten. Beschäftigt waren sie am Neubau des künftigen Bad Gilten. Hier hat es lange gedauert, bis der Arbeitgeber die Gewerheit hatte, daß er die Zulage zurückgezahlt erhielt. Die Zulage an unsere Kameraden wurde nachgezahlt. Ohne Schwierigkeiten geht es in Bad Dohnhausen nicht. Mußte hierüber schon bei der ersten

Kriegszulage berichtet werden, so war es auch bei der zweiten und dritten Kriegszulage notwendig, den Arbeitgeberverband für den Regierungsbezirk Minden anzufragen und auch den Arbeitgeber besonders zur Zahlung aufzufordern. Angeblich hat der Arbeitgeber erst die Gewährung haben wollen, ob ihm die Zulage zurückerstattet würde, ehe er die Zulage zahlte. In Scheuen bei Celle haben unsere Kameraden die dritte Kriegszulage auch erst auf ein Schreiben an die Firma in Berlin erhalten. Statt 10 % Kriegszulage erhielten unsere Kameraden in Seesen nur 5 %, doch wurden ab 1. Februar die restlichen 5 % der dritten Kriegszulage gezahlt. Schlechter erging es unsern Kameraden in Langelsheim a. S. Dort sollten am Schlusse des Jahres 79 % gezahlt werden; die Zimmermeister zahlten aber nur 62 %. In Ermangelung von Zimmerarbeit sind unsere Kameraden im Sägewerbetriebe beschäftigt. Hier glauben nun die Zimmermeister, die Zulage nicht zahlen zu brauchen, und unsere vier Kameraden, die in Frage kommen, finden sich damit ab, da besondere Umstände sie am Orte festhalten. Die zwei Zimmermeister in Wittingen sind schon im Jahre 1912 aus dem Arbeitgeberverbande ausgetreten, um nicht an die Tarifvertragslöhne gebunden zu sein. Während des Krieges haben sich unsere zwei Verbandsmitglieder dann auch mit einer ganz geringen Zulage zufriedengeben müssen, weil die Zimmermeister ein dickes Fell haben und vier Unorganisierte unter keinen Umständen in unsern Verband wollten. Eigene Landwirtschaft hielt unsere Kameraden am Orte zurück. Ähnlich wie in Wittingen, ist es auch in Elbershausen. Der Dorfzimmermeister hat immer den niedrigsten Lohn im ganzen Gau gezahlt. Bis zum 1. April 1915 lief der örtliche Tarifvertrag mit einem Stundenlohn von 35 %, jetzt werden 50 % gezahlt ohne Tarifvertrag. Auch hier sind die Leute am Orte gebunden. An Arbeit hat es im Gau nicht gefehlt; zeitweise konnte der Bedarf an Zimmerern nicht gedeckt werden. In mehreren Fällen sind von Unternehmern Leute rekrutiert worden. Immerhin war noch nicht der dritte Teil der 1913 im Gau ermittelten Zimmerer beschäftigt. Größere Arbeitsstellen kamen nur wenige in Frage, und war die Höchstzahl der Beschäftigten auf der größten Arbeitsstelle 27 Zimmerer.

Die Tätigkeit der Gauleiter erstreckte sich auf zwei Gauvorstandssitzungen, 9 Sitzungen mit den Zahlstellenvorständen, 54 tagungsgeschäftliche Angelegenheiten und 9 Hausagitationen; bezüglich der Lohnbewegungen 24 Vorstandssitzungen, 10 Versammlungen und 4 Verhandlungen. Außerdem wurden zwei Aufträge des Zentralvorstandes erledigt. 142 Reisen waren hierzu notwendig. Ueber den Versammlungsbesuch muß berichtet werden, daß er im allgemeinen recht schlecht war. Gewiß gibt es eine Anzahl Momente, die während des Krieges den Versammlungsbesuch ungünstig beeinflussen, aber doch dürfte man erwarten, wenn nach langer Zeit einmal eine Versammlung stattfindet, daß, wenn nicht ganz besondere Verhinderungsgründe vorhanden sind, die Mitglieder ein paar Stunden für ihre Verbandsangelegenheiten übrig hätten. Soweit Absenzen beim Militär stehender Mitglieder aus den aufgelösten Zahlstellen zur Verfügung standen, wurde an diese der „Zimmerer“ regelmäßig gesandt. Recht viele von diesen Kameraden haben wiederholt durch Karte oder Brief ihre Freude über die Zusendung ausgedrückt, weil sie die Verhältnisse in unserm Verbandsverfolge konnten. Auf ein dem „Zimmerer“ beigelegtes Schreiben, worin um Angabe ersucht wurde, ob der „Zimmerer“ regelmäßig einliefe und ob die Adresse noch richtig sei, haben 19 Kameraden nicht geantwortet. Anzunehmen ist, daß diese Kameraden den „Zimmerer“ nicht erhalten und somit ist die weitere Zusendung des „Zimmerer“ unterblieben. Wenn auch von einzelnen Truppenteilen unbestellbare Postfächer zurückgeschickt werden, so ist doch in einzelnen Fällen festgestellt worden, daß der „Zimmerer“ regelmäßig an die alte Adresse gesandt wurde, während der Adressat lange irgendwo anders war und auch den „Zimmerer“ nicht nachgeschickt erhielt.

Unsere Kameraden beim Militär müssen sich auch stritte daran halten, daß jede Veränderung der Adresse sofort mitgeteilt wird, damit auch der „Zimmerer“ seinen Zweck erreicht, unsere Kameraden laufend über unsern Verband zu informieren. Ferd. Walter.

Berichte aus den Zahlstellen.

Eilenburg. In einer Mitgliederversammlung am 13. Mai sprach Kamerad Laue, Leipzig, über: „Die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften“. Die äußerst interessanten und lehrreichen Ausführungen fanden ungeheilten Beifall. Anschließend wurde die Abrechnung vom ersten Quartal verlesen und genehmigt. Weiter nahm die Versammlung Stellung zu der Konferenz in Merseburg. Nach längerer Aussprache wurde von einer Delegation dorthin Abgang genommen. Zum Schlusse wurden die Mißstände bei der Firma Dressel besprochen, besonders die mangelhafte Baubude und das Ueberstundenwesen. Abhilfe ist dringend nötig.

Großzimmern. Unsere Mitgliederversammlung am 21. Mai befaßte sich im ersten Punkt ihrer Tagesordnung mit der Agitation auf den Plätzen. Es wurde hervorgehoben, daß die Zahl der Unorganisierten noch immer recht stark sei, und daß sie die Erfolge des Verbandes gern und willig einstecken, jedoch nicht daran dächten, auch zu den Leistungen beizutragen. Unter den Unorganisierten befinden sich vielfach kleine Landmeister, die der Krieg genötigt habe, wieder als Gesellen zu arbeiten. Auch diese müßten einsehen, daß man nicht ernten dürfe, ohne gesät zu haben. Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit dem infolge des Krieges hervorgerufenen Mangel an Arbeitskleidung und Schuhzeug. Es wurde angeregt, den Hauptvorstand zu ersuchen, sich an das Reichsbeschaffungsamt zu wenden, damit für die Zimmerer Arbeitskleidung und Schuhzeug bereitgestellt werde. Die Arbeitskleidung sei völlig abgenutzt, ebenso das Schuhzeug. Das Tragen von Holzschuhen sei aber auf dem Bau einfach nicht möglich. So gut wie für Bessergestellte noch Leder zu beschaffen sei, die überhaupt in jeder Beziehung den Vorzug hätten, müsse auch für die Zimmerer solches vorhanden sein. Die Versamm-

lung einigte sich dahin, daß, falls der Hauptvorstand der Anregung nicht entsprechen könne, die Zahlstelle sich selbst an das Reichsbeschaffungsamt wenden werde.

Kiel. Am 14. Mai fand unsere Mitgliederversammlung statt. Sie ehrte zunächst das Andenken von fünf verstorbenen Kameraden in üblicher Weise. Es sind dem Kriege zum Opfer gefallen die Kameraden Ernst Graßel und Hans Baasch. Am Orte verstorben Hans Zeis, Heinrich Paul und unser zweiter Vorsitzender Heinrich Baars. Die Abrechnung wurde verlesen, da von einer Drucklegung Abstand genommen war. Der Bestand der Lokalkasse hat sich um 1645,64 erhöht. Auch die Mitgliederzahl ist von 340 am Jahresanfang auf 370 gestiegen. Nichtorganisierte sind nur 8 ermittelt, außer den auf den Werften beschäftigten. Die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse schließen mit 5665,24, die der Lokalkasse mit 9168,54 ab. Genosse Pöller hielt einen Vortrag über: „Unsere Kampfmittel und die staatsbürgerliche Gleichberechtigung“. Beifall lohnte den Redner und wurde ihm vom Vorsitzenden der Dank der Versammlung ausgesprochen. Kamerad Marten forderte zum Eintritt in die politische Organisation und zum Lesen der Arbeiterpresse auf. Der vorgebrachten Zeit wegen wurde der Kartellbericht zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Mainz. Am 9. Mai verstarb nach kurzer Krankheit unser Vorsitzender und Kassierer, Kamerad Fritz Hommel. Mit ihm ist wieder einer unserer Besten dahingegangen. Als fremder Zimmerer kam er nach Mainz und hat unabhängig an der Entwicklung und dem Fortbestehen der Zahlstelle mitgearbeitet. Fast andauernd gehörte er dem Vorstande an. Seine Tätigkeit und Opferwilligkeit bei den schweren Lohnkämpfen der Mainzer Zimmerer sichern ihm ein ehrendes und dankbares Gedächtnis. Mit Ausbruch des Krieges verließ er als alleiniger Stützpunkt und bereinigte die gesamte Verwaltung der Zahlstelle in sich. Mit Dankbarkeit stehen wir an seinem Grabe, der unser Schiff, nachdem es fast alle verlassen mußten, um der Heerespflicht zu genügen, mit Erfolg steuerte und leitete, bis der Tod seiner Tätigkeit ein Ziel setzte. Auch die Mitgliedschaft der Zentralkassen- und Sterbekasse der Zimmerer beruht in dem Verstorbenen ihren langjährigen Kassierer und Förderer. Es ist mir ein Bedürfnis, und es entspricht wohl auch dem Empfinden der Kameraden, die im Felde sind, hier an dieser Stelle eines Kameraden zu gedenken, der bis zur letzten Stunde uns treu zur Seite stand. Bei denen, die ihn kannten und verstanden, bleibt er unvergessen. R. Gröbner.

Baugewerbliches.

Offene Stellen für Zimmerer: Dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 28. Mai entnehmen wir, daß durch Arbeitsnachweise der folgenden Orte Zimmerer gesucht werden: Ostpreußen: Gerdauen 4, Lda 3, Ortelsburg 1, Staisgirren 1, Stallupönen 4; Westpreußen: Flotow 10; Pommern: Stettin 22; Posen: Meseritz 10; Brandenburg: Berlin 9; Provinz Sachsen: Erfurt 10, Halle 50; Königreich Sachsen: Borna 15, Chemnitz 4, Dresden 30; Thüringen: Eisenach 5, Gera 5, Weimar 4; Hannover, Oldenburg: Hannover 3, Celle 4, Gildesheim 2, Göttingen 10, Brafe 2, Rüttingen 38; Bremen: Bremen 26, Bremerhaven 34; Schleswig-Holstein: Lübeck 6; Mecklenburg: Rostock 10; Preußen: Berlin 9, Königsberg 4, Offenbach 2, Wiesbaden 5; Westfalen: Bochum 10, Dortmund 25, Hagen 3, Hamm 9, Paderborn 20; Bayern: Bayreuth 4, Frankfurt 4, Freising 2, Ludwigshafen 40, München 6, Nürnberg 5, Rosenheim 2, Weiden 3, Würzburg 2; Württemberg: Friedrichshafen 49, Stuttgart 80 (auswärts); Baden: Freiburg 10, Mühlheim 4; Elsaß-Lothringen: Colmar 40, Metz 12, Mülhausen 12, Rappoltsweiler 165, Straßburg 31. Insgesamt werden in 52 Orten 784 Zimmerer gesucht.

50 pSt. Aufschlag auf alle tariflichen Stundenlöhne zusätzlich der zu zahlenden Kriegsteuerungszulagen ist ein enormes „sogenanntes Meistergeld“, und es ist nicht zu verwundern, daß das Geschäftamt des deutschen Wirtschaftsbundes für das Baugewerbe versucht, den Eindruck, den eine Notiz im „Zimmerer“ Nr. 10 dieses Jahres, worin auf dieses „sogenannte Meistergeld“ verwiesen wurde, gemacht hat, abzuwachen. Genanntes Geschäftamt schreibt uns nämlich unterm 21. Mai dieses Jahres:

Die in Nr. 10 des „Zimmerer“ vom 9. März dieses Jahres enthaltene Notiz: „50 pSt. Aufschlag zum Gehaltelohn als „Meistergeld“ in Hamburg“ bewertet eine Bekanntmachung des Baugewerbeverbandes zu Hamburg in einer die tatsächlichen Unterlagen dieser Bekanntmachung nicht genügend berücksichtigenden Weise. Wenn in der Bekanntmachung des Baugewerbeverbandes zu Hamburg angezeigt wird, daß die Mitglieder des Baugewerbeverbandes sich genötigt sehen, bei Tagelohnarbeiten auf alle tariflichen Stundenlöhne einen Aufschlag von 50 pSt. in Rechnung zu stellen, so stellen 1. diese 50 pSt. Aufschlag selbstverständlich keinesfalls, wie es in der Notiz hingestellt wird, einen Gewinn des Meisters dar, vielmehr sind in diesem Aufschlage seine sämtlichen Geschäftskosten mitenthalten. Diese sind aber nach der übereinstimmenden Auffassung aller auf dem Gebiete des baugewerblichen Kalkulationswesens bewandelter Autoritäten (vergleiche insbesondere Paul Lauffer, Königsberg, „Kalkulation und Geschäftskosten im Baugewerbe“, Seite 21) auf mindestens 39,48 pSt. des Arbeitslohnes einzuschlagen, so daß also bei dem Aufschlag von 50 pSt. allerhöchstens ein Gewinn von 10 pSt. für den Meister herauskommt; 2. wird für die Behauptung, die in der Notiz enthalten war, daß „natürlich dieser Aufschlag nicht bloß bei im Tagelohn auszuführenden Bau- und Ausbesserungsarbeiten berechnet wird, sondern bei allen Bauarbeiten“, keinerlei Beweis erbracht oder auch nur versucht. Da ausdrücklich in dem Rundschreiben des Baugewerbeverbandes zu Hamburg der Unkostenaufschlag auf Tagelohnarbeiten beschränkt

wird, wäre es Pflicht gewesen, eine Behauptung, die die Wahrheit dieser Erklärung angeht, durch entsprechende positive Angaben zu stützen. Solange dies nicht in ausreichender Weise geschehen ist, stellt die in der Notiz gekennzeichnete Behauptung objektiv eine leichtfertige Insinuation dar, die überdies, da sie geeignet ist, das Ansehen der von ihr Betroffenen in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen, einen schwer beleidigenden Charakter trägt.

Da also, alle Abschwächungsversuche müssen die Tatsache bestehen lassen, daß 50 pSt. Aufschlag auf alle tariflichen Stundenlöhne zusätzlich der zu zahlenden Kriegsteuerungszulagen als „sogenanntes Meistergeld“ berechnet wird! Daß dieser Aufschlag „zur Deckung der eigenen Unkosten einschließlich eines Geschäftsgewinnes von 10 pSt.“ dient, wurde schon in der Bekanntmachung des Baugewerbeverbandes zu Hamburg behauptet. Die Wiederholung dieser Behauptung wirkt gerade nicht bekräftigend. Aber fiele dabei auch bloß ein Geschäftsgewinn von 10 pSt. ab, so ist dies immer noch sehr viel mehr als beim Arbeiter, der seinen ganzen Lohn lediglich zur Deckung der eigenen Unkosten für sich und seine Familie verbrauchen muß und dabei kaum satt wird. Es ist also schon so: In der bürgerlichen Presse wird über die „hohen Arbeiterlöhne“ gemurmelt, und in Wahrheit verschwinden sie zum großen Teil als „sogenanntes Meistergeld“ in den Taschen der Unternehmer.

Anzeigen.

Zahlstelle Hamburg u. Umg.

Mittwoch, den 12. Juni, abends 8½ Uhr präzis:

Zahlstellen-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, oberer Saal, 1. Etage.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom ersten Quartal dieses Jahres. 2. Antrag des Vorstandes auf Erhöhung der Lokalfondsbeiträge. 3. Die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten. [M. 2]

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Zahlstellenfunktionäre sind gehalten, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Auch die Mitglieder der Bezirke sind berechtigt, an der Versammlung teilzunehmen gemäß Regulativ der Zahlstelle.

Die Platz- und Baudeputierten sind gleichfalls zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen. Jeder Platz, jede Bau- und Arbeitsstelle müssen durch einen Deputierten vertreten sein! Der Vorstand.

Zahlstelle Mainz.

Die Adresse des Kassierers ist:

August Gude, Doppstraße 60, Hinterhaus.

[60 A]

Der Vorstand.

Zahlstelle Riesa.

Die Adresse des jetzigen Kassierers, an Stelle des eingezogenen Kameraden Ermer ist:

Arthur Igner in Müdnitz Nr. 70

[70 A]

(Bezirk Dresden).

Versammlungsanzeiger.

Freitag, den 7. Juni:

Cassel: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Obere Karlsrufer 17.

Samstag, den 9. Juni:

Kulmbach: Nachm. 2 Uhr bei Max Rupp in Mehldorf.

Verkehrslokale, Herbergen usw.

(Jahresinstitute unter dieser Rubrik bis zu drei Stellen kosten A. S., jede weitere Stelle A. 2 mehr. Freieinzelanträge werden nicht veranfolgt.)

Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen für Berlin und Umg.: 80, Engelauer 15, 3. Et., Zimmer 60. Fernsprecher Amt Moritzplatz, Nr. 2789. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden.

Chemnitz. Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Kolkoffen“, Zwischener Straße 152, 1. Et., Zimmer 18. Herberge des Herbergslokales: Volkshaus und „Plauensche Bierhalle“, Gaißstr. 41. Bereisende Kollegen sind verpflichtet, ehe sie umziehen, sich im Bureau zu melden. Geöffnet 11–1 Uhr und nachm. 5–7 Uhr.

Dortmund. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Beifangstraße 32. Bereisende und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umziehen verboten.

Hamburg. Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgebend: Wendenbüchelhof 66, Hinterhaus, 1. Etod. Telefon: Gr. 6, 4426. Geöffnet vorm. von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umg. sind hier zu melden. Bereisende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umziehen, sich im vorstehend bekanntgegebenen Bureau zu melden. Weiterverzeichnisse werden dort unentgeltlich verabfolgt.

Hamburg-St. Georg. Verkehrslokal für Bezirk 4 bei Eward Stoppel, Rostoder Straße 59. Telefon: Gr. 8, 3884. Jeden Sonntag, vormittags von 8 bis 1 Uhr, Beitragsentgegennahme. Versammlungslokal der Zentralfrankente der Zimmerer.

Hamburg-Eimsbüttel. Albert Lemke, Verkehrslokal, Bellealliancestr. 46. Jeden Sonnabend Nachabend. Jeden letzten Sonnabend im Monat Nachabend der Zentralfrankente. Telefon: Gr. 6, 2782.

Hamburg-Winterhude. Verkehrslokal bei Herrn Schulz, Marktplatz 18. Telefon: Gr. 6, 1792. Zusammenkunft jeden zweiten Montag im Monat.

Wannheim. Zahlstellenbureau: Gewerkschaftshaus F. 4, 9, 3. Et., Zimmer 10 und 11. Telefon 5276. Arbeitsnachweis dortselbst. Sprechstunden täglich von 7 bis 8½ Uhr abends, Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags. Arbeitslose haben sich von 10 bis 11 Uhr vormittags zur Kontrolle zu melden.

Wien. Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Pestalozzistr. 40/44, Gewerkschaftshaus, 3. Etod., Zimmer 64. Telefon 51030. Sprechstunden: Vormittags von 10 bis 12 Uhr, abends (Montags und Freitags) von 5 bis 7 Uhr. Sonntags von 8 bis 1 Uhr ununterbrochen. Arbeitslosenmeldung von 10 bis 12 Uhr. Sonntags geöffnet. Zentralherberge: Am Stadtenbach 10.